

gische Artikulation und erschwert damit einen analytischen Zugang. Indem Verf. den eigenen Standpunkt als Gegen-Norm setzen, entledigen sie sich der Aufgabe, die grundlegende Problematik zu diskutieren und werden zu kurz greifenden Vorschlägen verleitet, etwa der Empfehlung, den Sprachgebrauch zu verändern, weil die »Rede vom Fötus oder Embryo als Kind, Baby oder Ungeborenem [...] die Grenze der Geburt« verwische (50). Als könnte das ethische Dilemma, die Frage danach, ob Menschen das Recht auf Leben erst nachgeburtlich zukommt oder schon zuvor, durch eine Sprachreglung aus der Welt geschafft werden. Dagegen sollte die Frage der Abtreibung in ihrer systematischen Verflechtung mit anderen Fragen der Reproduktion in Beziehung gesetzt werden, also die Verteidigung des Selbstbestimmungsrechts der Frauen mit der Bekämpfung von strukturellen, v.a. sozioökonomischen Ursachen verbunden werden, die so viele Schwangerschaftsabbrüche motiviert. Mehr Kitaplätze, Abschaffung der hohen Besteuerung unverheirateter Frauen, bessere sexuelle Aufklärung in den Schulen, freier Zugang zu Verhütungsmitteln, besondere Unterstützung für Mütter noch in Ausbildung u.a.m. – eine Politik, die solche Forderungen verfolgte, machte sich gemein mit dem ethischen Impuls. Von ihr wäre zu verlangen, die strafgesetzlichen Paragraphen 218 und 219 durch eine vernünftige Verfahrensregelung der Bundesärztekammer zu ersetzen. Wer zur Durchsetzung solcher Forderungen auf diesem Feld um kulturelle Hegemonie ringen will, muss wissen, wie das Feld der Konflikte bestellt ist. Für diesen Zweck ist das vorliegende Buch allemal nützlich.

Anne Loheit (Weimar)

Ökonomie

Kallert, Andreas, *Die Bankenrettungen während der Finanzkrise 2007–2009 in Deutschland. Zur Kritik der Systemrelevanz*, Westfälisches Dampfboot, Münster 2017 (304 S., br., 32 €)

Verf. untersucht mittels einer an Siegfried Jäger orientierten kritischen Diskursanalyse der Berichterstattungen von *taz*, *FAZ* und *Handelsblatt* die Auseinandersetzungen um die Rettung der Deutschen Industriebank (Juli 2007 bis August 2008) und der Hypo Real Estate (September 2008 bis Oktober 2009). Demnach formierte sich eine Diskurskoalition von Akteuren des Finanzsektors, Regierungsvertretern und Spitzen der Bankenaufsicht, (Finanz-)Journalismus und »Wirtschaftsexperten« sowie Gewerkschaften und Industrie- und Handelsunternehmen, die aus je eigenen Motiven eine institutionalisierte Rettung betroffener Finanzinstitute anstelle von »Einzelfalllösungen« (168), wie noch vor Bekanntwerden der Finanzkrise im September 2008, forcierte und damit eine krisenbedingte Abwertung von Wertpapieren verhinderte.

Die Mobilisierung von staatlichen Finanzhilfen für Banken, die sich bei hochrisikanten Geschäften verspekuliert hatten, konnte Verf. zufolge deshalb durchgesetzt werden, weil ihr in der öffentlichen Debatte mit einer spezifischen Krisendeutung der Weg bereitet wurde: die Krise im deutschen Bankensektor sei keine Konsequenz eines immanent krisenhaften Wirtschaftssystems, der zunehmenden Finanzialisierung oder der globalen Geschäftspraxis deutscher Finanzinstitute. Sie sei erst durch den Konkurs von Lehman-*Brothers* verursacht worden (»Lehman-Mythos«, 170ff) und nur mit einer staatlichen Rettung der betroffenen Finanzinstitute bearbeitbar gewesen, da ansonsten in einer »Kausalkette« (202) die gesamte Wirtschaft inklusive der produktiven Sektoren sowie des europäischen Zahlungsverkehrs und die Spareinlagen der »kleinen Leute« bedroht

gewesen wären. In einem Zeitraum von 14 Monaten kristallisierte sich »die dominante Interpretation der Krise als eine Liquiditäts- statt Eigenkapitalkrise heraus« (30). In Kombination mit der fehlenden Zuschreibung von Verantwortlichkeit und der »diskursiven Strategie *Systemrelevanz*« verhalf diese Interpretation »dem politischen Projekt Bankenrettung zu einer hegemonialen Stellung« (ebd.).

Verf. bedient sich des *Cultural Political Economy*-Ansatzes (CPE) und operationalisiert seine Analyse im Rahmen der von der Forschungsgruppe *Staatsprojekt Europa* entwickelten historisch-materialistischen Politikanalyse. Er skizziert eine »kritische politische Ökonomie des Finanzmarktes« (72), also eine Bestimmung der Rolle von Kredit, Zins und Banken im Kapitalkreislauf, und führt aus, wieso »Kapitalismus ohne Krise [...] nicht möglich« (73) ist. Er umreißt den gesellschaftlichen Kontext von der Krise des Fordismus über die »Verbriefungsmaschinerie« (109) von Wertpapieren bis hin zu den Bankenrettungen in Deutschland. Er schließt mit einem Plädoyer für eine gegenhegemoniale Erzählung, die die »Abwesenheit von Armut, starker Ungleichheit, Obdachlosigkeit oder Mangel schlechthin in einer dermaßen reichen Gesellschaft wie der deutschen als *systemrelevant* setzen« (267) müsste, ohne dieses aber mit politisch-strategischen Überlegungen zu unterfüttern.

Die staatlichen Rettungsaktionen, so die Kernaussage, haben nichts mit systemischen Zwängen, bedrohten Arbeitsplätzen oder gefährdeten Renteneinlagen zu tun. Viel eher sei die Bereitschaft, öffentliche Mittel in Milliardenhöhe für die Hypo Real Estate und andere Banken aufzuwenden, auf die geschickte Verallgemeinerung der Partikularinteressen dieser Finanzinstitute, die »Gleichsetzung des Wohlergehens der Finanzwirtschaft mit der gesamten Volkswirtschaft« (202), zurückzuführen.

Mit seiner Nachzeichnung des Prozesses von der umkämpften Kriseninterpretation bis zur materiellen Verdichtung der diskursiven Praxen (in Finanzmarktstabilisierungsgesetz, Sonderfonds für Finanzmarktstabilisierung, Abwicklungsanstalten usw.) gelingt es Verf., die vermeintliche Objektivität der Argumentationsfigur *Systemrelevanz* zu dekonstruieren und aufzuzeigen, dass es weniger darum geht, »wer systemisch relevant ist« als vielmehr darum, »wer sich als systemisch relevant durchsetzen kann« (259). Der komplexen Dialektik von Materialität und Semiose (d. h. der Sinn- und Bedeutungskonstitution), wie sie der CPE-Ansatz proklamiert, wird seine Darstellung jedoch nicht ganz gerecht. Inwiefern die Selektion von Krisendeutungen beispielsweise wiederum durch strukturelle Bedingungen der Nachrichtenproduktion bzw. eine institutionell sedimentierte Ordnung des wirtschaftspolitischen Diskurses beeinflusst wird, bleibt weitgehend im Dunkeln. Gänzlich unberücksichtigt lässt das Buch die Frage, inwieweit die Bankenrettungen von einem (passiven) Konsens der Gesellschaft getragen wurden.

Verf. liefert mit seiner »Kritik der Systemrelevanz« eine theoretisch fundierte und methodisch elaborierte historisch-materialistische Analyse, die Aufschluss über die bis dato noch kaum erforschten Legitimationsstrategien des Krisenmanagements ab 2007 gibt. Das Buch bietet so auch Anknüpfungspunkte für ein besseres Verständnis der autoritären Transformationsprozesse, mit denen wir nach dem vermeintlichen Ende der Krise zunehmend konfrontiert sind.

Julian Niederhauser (Wien)